

Bundesgesetzblatt ⁷³³

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 16. Juni 1994

Nr. 25

Tag	Inhalt	Seite
19. 4. 94	Bekanntmachung des deutsch-pakistanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	734
26. 4. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, des Madrider Abkommens über die internationale Registrierung von Marken	736
2. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	737
2. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau	737
4. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte des Kindes	738
4. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen	739
6. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts	739
6. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert	740
6. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses	740
6. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von 1990 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	741
6. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die akademische Anerkennung von akademischen Graden und Hochschulzeugnissen	741
6. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht	742
30. 5. 94	Bekanntmachung zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife nach dem Internationalen Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)	743
31. 5. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	748

**Bekanntmachung
des deutsch-pakistanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 19. April 1994

Das in Bonn am 19. April 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 19. April 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Mai 1994

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Preuss**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan
über Finanzielle Zusammenarbeit 1993**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Islamischen Republik Pakistan,
handelnd durch ihren Präsidenten –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Pakistan,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Republik Pakistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Verhandlungsprotokoll vom 16. Dezember 1993 über die Regierungsverhandlungen in Bonn vom 14. bis 16. Dezember 1993 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Pakistan oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main,

- a) für das Vorhaben „Kleinbewässerungs- und landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm Belutschistan, Phase II“ ein Darlehen bis zu 29 200 000 DM (in Worten: neunundzwanzig Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist,
- b) für das Vorhaben „Soziale Vermarktung von Kontrazeptiva“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 20 000 000 DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt,
- c) für das Vorhaben „Primärerziehungsprogramm NWFP“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 25 800 000 DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen achthunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festge-

stellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt,

- d) für das Vorhaben „Kinderkrankenhaus Quetta“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000 DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei den in Absatz 1 Buchstaben b bis d bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, tritt an die Stelle des Finanzierungsbeitrags ein Darlehen.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Wird eines der in Absatz 1 Buchstaben b bis d bezeichneten Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Darlehen und Finanzierungsbeiträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark

in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Pakistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan überläßt bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 19. April 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Jürgen Trumpf
Wolf Preuss

Für die Regierung der Islamischen Republik Pakistan
Najmuddin Sheikh

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums
des Madrider Abkommens
über die internationale Registrierung von Marken**

Vom 26. April 1994

Die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391; 1984 II S. 799) ist nach ihrem Artikel 21 Abs. 3 für

Bolivien	am	4. November 1993
El Salvador	am	19. Februar 1994
Honduras	am	4. Februar 1994

in Kraft getreten.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 23. Juli 1993 ihre Rechtsnachfolge zu

- a) der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391; 1984 II S. 799);
- b) dem Madrider Abkommen vom 14. April 1891 über die internationale Registrierung von Marken in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 418; 1984 II S. 799)

notifiziert.

Usbekistan hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 18. August 1993 die Weiteranwendung

- a) der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391; 1984 II S. 799);
- b) des Madrider Abkommens vom 14. April 1891 über die internationale Registrierung von Marken in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 418; 1984 II S. 799)

notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. Oktober 1970 (BGBl. II S. 1073), vom 12. September 1973 (BGBl. II S. 1494), vom 15. Oktober 1973 (BGBl. II S. 1528), vom 11. Juni 1976 (BGBl. II S. 1067) und vom 3. Januar 1994 (BGBl. II S. 276).

Bonn, den 26. April 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1978
über Normen für die Ausbildung, die Erteilung
von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten**

Vom 2. Mai 1994

Die Tschechische Republik hat dem Verwahrer des Internationalen Übereinkommens vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297) mit Note vom 19. Oktober 1993 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der ehemaligen Tschechoslowakei, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. November 1983 (BGBl. 1984 II S. 2) und vom 1. Oktober 1993 (BGBl. II S. 1939).

Bonn, den 2. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens von New York vom 31. März 1953
über die politischen Rechte der Frau**

Vom 2. Mai 1994

Bosnien-Herzegowina hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. September 1993 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 6. März 1992, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau (BGBl. 1969 II S. 1929; 1970 II S. 46) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 11. Januar 1972 (BGBl. II S. 17) und vom 27. September 1993 (BGBl. II S. 1938).

Bonn, den 2. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Rechte des Kindes**

Vom 4. Mai 1994

I.

Bosnien-Herzegowina hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. September 1993 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 6. März 1992, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (BGBl. 1992 II S. 121) gebunden betrachtet.

Bei Hinterlegung der Rechtsnachfolgeerklärung hat Bosnien-Herzegowina den folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

"The Republic of Bosnia and Herzegovina reserves the right not to apply paragraph 1 of Article 9 of the Convention since the internal legislation of the Republic of Bosnia and Herzegovina provides for the right of competent authorities (guardianship authorities) to determine on separation of a child from his/her parents without a previous judicial review."

„Die Republik Bosnien und Herzegovina behält sich das Recht vor, Artikel 9 Absatz 1 des Übereinkommens nicht anzuwenden, da die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Republik Bosnien und Herzegovina vorsehen, daß die zuständigen Behörden (Vormundschaftsbehörden) das Recht haben, über die Trennung eines Kindes von seinen Eltern ohne vorherige gerichtlich nachprüfbare Entscheidung zu bestimmen.“

II.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 2. Dezember 1993 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erklärung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 10. Juli 1992 (BGBl. II S. 990) und vom 21. März 1994 (BGBl. II S. 507).

Bonn, den 4. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen**

Vom 4. Mai 1994

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. August 1993 ihre Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen (BGBl. 1980 II S. 941) notifiziert. Dementsprechend ist die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkunft geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. Dezember 1980 (BGBl. 1981 II S. 34) und vom 6. Oktober 1993 (BGBl. II S. 2170).

Bonn, den 4. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zum Schutz archäologischen Kulturguts**

Vom 6. Mai 1994

Das Europäische Übereinkommen vom 6. Mai 1969 zum Schutz archäologischen Kulturguts (BGBl. 1974 II S. 1285) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Mazedonien, am 1. Juli 1994
ehemalige jugoslawische Republik
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. September 1993 (BGBl. II S. 1882).

Bonn, den 6. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls vom 8. Juli 1985
zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses
um mindestens 30 vom Hundert

Vom 6. Mai 1994

Die Slowakei hat am 28. Mai 1993 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der Tschechoslowakei, an das Protokoll vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert (BGBl. 1986 II S. 1116) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 14. Oktober 1987 (BGBl. II S. 711) und vom 31. Januar 1994 (BGBl. II S. 328).

Bonn, den 6. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden
oder ihres grenzüberschreitenden Flusses

Vom 6. Mai 1994

Das Protokoll vom 31. Oktober 1988 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses (BGBl. 1990 II S. 1278) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für die

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft am 17. März 1994
in Kraft getreten.

Die Slowakei hat am 28. Mai 1993 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der Tschechoslowakei, an das vorstehende Protokoll gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 14. März 1991 (BGBl. II S. 623) und vom 2. Februar 1994 (BGBl. II S. 358).

Bonn, den 6. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Änderung von 1990
des Montrealer Protokolls über Stoffe,
die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 6. Mai 1994

Die Änderung vom 29. Juni 1990 des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1991 II S. 1331), ist nach ihrem Artikel 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Grenada	am	7. März 1994
Jordanien	am	10. Februar 1994
Kolumbien	am	6. März 1994
Myanmar	am	22. Februar 1994
Ungarn	am	7. Februar 1994
Uruguay	am	14. Februar 1994

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar 1994 (BGBl. II S. 278).

Bonn, den 6. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die akademische Anerkennung
von akademischen Graden und Hochschulzeugnissen**

Vom 6. Mai 1994

Das Europäische Übereinkommen vom 14. Dezember 1959 über die akademische Anerkennung von akademischen Graden und Hochschulzeugnissen (BGBl. 1969 II S. 2057) ist nach seinem Artikel 10 Abs. 4 für

Mazedonien, am 1. Mai 1994
ehemalige jugoslawische Republik
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. April 1993 (BGBl. II S. 814).

Bonn, den 6. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht**

Vom 6. Mai 1994

I.

Das Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (BGBl. 1988 II S. 901) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Myanmar	am	22. Februar 1994
Turkmenistan	am	16. Februar 1994

in Kraft getreten.

II.

Bosnien-Herzegowina hat am 1. September 1993 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 6. März 1992, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, an das vorstehende Übereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Die Slowakei hat am 28. Mai 1993 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der Tschechoslowakei, an das vorstehende Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. Juni 1990 (BGBl. II S. 681), vom 4. Januar 1991 (BGBl. II S. 421) und vom 7. März 1994 (BGBl. II S. 439).

Bonn, den 6. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
nach dem Internationalen Übereinkommen
über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)**

Vom 30. Mai 1994

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten, hat am 27. Mai 1994 beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1994 die Gebührensätze und Transatlantiktarife neu festgelegt werden.

Der Beschluß wird hiermit bekanntgemacht nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über die Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) in Verbindung mit § 2 Abs. 2 der FS-Strecken-Gebühren-Verordnung vom 14. April 1984 (BGBl. I S. 629), geändert durch Verordnung vom 10. September 1986 (BGBl. I S. 1524).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1993 (BGBl. II S. 2376).

Bonn, den 30. Mai 1994

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
von Elm

**Beschluß Nr. 25
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
für den am 1. Juli 1994 beginnenden Erhebungszeitraum**

Die ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL), insbesondere auf dessen Artikel 5 Absatz 2;

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere auf deren Artikel 3 Absatz 1 (a) und 2(e) sowie Artikel 6 Absatz 1 (a),

faßt folgenden Beschluß:

Einziges Artikel

Die in der Anlage zu diesem Beschluß aufgeführten Gebührensätze und Transatlantiktarife werden genehmigt und treten am 1. Juli 1994 in Kraft.

Geschehen zu Lissabon am 27. Mai 1994

Der Präsident der erweiterten Kommission
Eng. Jorge Manuel Mendes Antas

Gebührensätze (Basissätze)
(ab 1. Juli 1994)

	Nationaler Gebührensatz	Verwaltungs- kostensatz	Globaler Gebührensatz
	(1)	(2)	(3) = (1) + (2)
Belgien/Luxemburg	68,27 ECU	} 0,32 ECU	68,59 ECU
Deutschland	77,50 ECU		77,82 ECU
Frankreich	65,73 ECU		66,05 ECU
Vereinigtes Königreich	86,72 ECU		87,04 ECU
Niederlande	50,21 ECU		50,53 ECU
Irland	26,11 ECU		26,43 ECU
Schweiz	82,00 ECU		82,32 ECU
Portugal – Lisboa	39,23 ECU		39,55 ECU
Österreich	61,56 ECU		61,88 ECU
Spanien			
– Kontinentalgebiet	51,82 ECU		52,14 ECU
– Kanarische Inseln	55,24 ECU		55,56 ECU
Portugal – Santa Maria	10,83 ECU		11,15 ECU
Griechenland	28,06 ECU		28,38 ECU
Türkei	27,18 ECU		27,50 ECU
Malta	38,44 ECU		38,76 ECU
Zypern	25,54 ECU		25,86 ECU
Ungarn	18,33 ECU	18,65 ECU	
Ermäßigter globaler Gebührensatz für Inlandsflüge in Österreich			31,10 ECU

Angewandter Wechselkurs:

1 ECU = BEF 40,294	1 ECU = PTE 190,384
= DEM 1,95094	= ATS 13,731
= FRF 6,64476	= ESP 153,043
= GBP 0,760394	= GRD 266,971
= NLG 2,19395	= IRL 12 721,3
= IEP 0,806562	= MTL 0,443779
= CHF 1,7241	= CYP 0,582156
	= HUF 107,52

Tarife ab 1. Juli 1994
für Flüge gemäß Artikel 8 der Anwendungsbedingungen
für Luftfahrzeuge mit dem Gewichsfaktor eins
(50 metrische Tonnen)

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
(1)	(2)	(3)
ZONE I – zwischen 14° WL und 110° WL und nördlich von 55° NB ausgenommen Island	Frankfurt	1 290,53
	London	852,57
	Paris	1 130,38
	Prestwick	446,52
ZONE II – zwischen 40° WL und 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Abidjan	144,39
	Amman	1 681,58
	Amsterdam	836,27
	Athinai	1 226,64
	Bâle-Mulhouse	956,72
	Banjul	139,93
	Barcelona	785,01
	Belfast	196,09
	Berlin	1 129,40
	Birmingham	476,54
	Bordeaux	543,92
	Bristol	476,56
	Bruxelles	794,69
	Bucuresti	1 697,19
	Budapest	1 447,33
	Cairo	1 405,89
	Cardiff	321,03
	Casablanca	338,83
	Dakar	139,82
	Dublin	144,85
	Düsseldorf	951,70
	East Midlands	526,39
	Frankfurt	1 065,25
	Geneva	950,05
	Glasgow	289,82
	Hamburg	886,30
	Helsinki	497,30
	Istanbul/Atatürk	1 499,90
	Jeddah	1 592,46
	Johannesburg, Jan Smuts	140,16
	Kiev	1 016,24
	København	749,18
	Köln-Bonn	996,73
	Lagos	140,60
	Lamezia Terme	1 210,75
	Las Palmas, Gran Canaria	500,16
	Leeds and Bradford	469,81
	Lille	721,65
	Lisboa	382,67
	London	561,61
	Luxembourg	929,16
Lyon	929,72	
Maastricht	868,39	
Madrid	569,08	
Malaga	619,75	
Manchester	432,03	
Manston	635,02	
Marseille	963,42	
Milano	1 031,58	
Monrovia	139,93	
Moskva	538,22	
München	1 252,64	
Nantes	490,67	

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
(1)	(2)	(3)
	Napoli-Capodichino	1 070,21
	Newcastle	451,60
	Nice	971,48
	Oostende	709,10
	Oslo	555,19
	Paris	741,21
	Ponta Delgada, Açores	145,17
	Porto	281,89
	Praha	1 278,37
	Prestwick	289,82
	Riyadh	1 573,40
	Roma	1 121,68
	Sal I., Cabo Verde	139,82
	Santa Maria, Açores	155,32
	Santiago, España	264,44
	Shannon	100,43
	Sofia	1 539,85
	Stockholm	555,19
	Stuttgart	1 088,40
	Tel-Aviv	1 570,37
	Tenerife	458,02
	Timisoara/Giarmata	1 697,19
	Torino	1 088,11
	Toulouse-Blagnac	710,16
	Venezia	1 313,41
	Warszawa	891,69
	Wien	1 474,45
	Zürich	1 103,52
ZONE III – westlich von 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Amsterdam	948,39
	Düsseldorf	1 038,14
	Frankfurt	1 089,27
	Geneva	1 298,35
	Hamburg	706,97
	København	778,14
	London	799,78
	Luxembourg	1 141,57
	Madrid	457,76
	Manchester	633,11
	Milano	1 071,43
	München	1 513,11
	Paris	929,50
	Prestwick	398,64
	Roma	1 071,43
	Shannon	95,68
	Zürich	1 378,63
ZONE IV – westlich von 40° WL und zwischen 20° NB und 28° NB einschließlich Mexiko	Amsterdam	811,83
	Barcelona	895,04
	Berlin	1 007,43
	Bruxelles	821,81
	Düsseldorf	955,84
	Frankfurt	1 055,00
	Göteborg	678,71
	Hamburg	1 006,83
	Helsinki	491,78
	København	791,12
	Köln-Bonn	936,69
	Lisboa	437,62
	London	603,75
	Madrid	601,64
	Manchester	399,88
	Milano	968,16

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
(1)	(2)	(3)
	München	1 204,53
	Oslo	497,87
	Paris	681,93
	Praha	1 218,01
	Roma	1 107,52
	Sal I., Cabo Verde	91,32
	Santa Maria, Açores	156,21
	Shannon	181,54
	Stockholm	550,38
	Wien	1 398,31
	Zürich	1 028,37
ZONE V – westlich von 40° WL und zwischen Äquator und 20° NB	Amsterdam	988,34
	Bâle-Mulhouse	1 037,02
	Barcelona	915,72
	Bordeaux	725,37
	Düsseldorf	1 148,87
	Frankfurt	1 131,06
	Glasgow	415,43
	Hamburg	1 109,86
	Helsinki	647,37
	Köln-Bonn	1 073,96
	Las Palmas, Gran Canaria	644,64
	Lisboa	518,87
	London	780,06
	Lyon	979,47
	Madrid	702,18
	Manchester	605,78
	Marseille	1 142,17
	Milano	1 082,77
	München	1 229,15
	Nantes	687,71
	Paris	818,46
	Porto	504,51
	Porto Santo, Madeira	316,80
	Prestwick	425,87
	Roma	1 261,42
	Santiago, España	520,03
	Santa Maria, Açores	204,38
	Shannon	275,55
	Stockholm	1 198,67
	Tenerife	639,08
	Toulouse-Blagnac	963,34
	Wien	1 247,56
	Zürich	1 147,43

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,95 DM (3,10 DM zuzüglich 1,85 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,95 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1994 A · Ertgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe

Vom 31. Mai 1994

Die Tschechische Republik hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 30. Dezember 1993 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1993, dem Tag der Auflösung der ehemaligen Tschechoslowakei, als durch das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) gebunden betrachtet.

Die Tschechische Republik erhält ferner den von der ehemaligen Tschechoslowakei nach Artikel 32 Abs. 2 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalt aufrecht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 24. Februar 1989 (BGBl. II S. 284), vom 4. Juni 1991 (BGBl. II S. 794) und vom 24. März 1994 (BGBl. II S. 479).

Bonn, den 31. Mai 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann